

Nebeneffekte der Geldwäscherei-Bekämpfung

Ausufernde Geldwäscherei-Regelungen führen zu diskriminierenden Praktiken: Kleine Leute aus dem Ausland können kaum noch ein Bankkonto eröffnen – gleichzeitig wird das Leben ohne Bankkonto immer schwieriger. Von Martin Killias und Angela Nunes

Alle wollen das Waschen von kriminellen Geldern verunmöglichen – koste es, was es wolle. Was einst angeboten wurde, um den Drogenhandel «an der Achillesferse» zu treffen, entwickelt sich fast unmerklich von einem Mittel zur Bekämpfung der profitorientierten Kriminalität immer mehr zur Waffe gegen Sozialhilfebetrüger und bald wohl auch Steuerhinterzieher. Das mag man in moralischer Hinsicht nicht als verfehlt empfinden – allein, zur Bekämpfung solcher Verstösse wurden die Geldwäscherei-Bestimmungen nicht erfunden. Doch auch Banker und andere mögen denken, dass der Aufwand, abgesehen von den gewaltigen Kosten, nicht viel Schaden stiften wird. Vergessen gehen dabei viele kleine Leute, denen es zunehmend erschwert wird, ein Bankkonto zu eröffnen.

De-facto-Boykott

Bewusst wurde uns diese Problematik, als an der Universität Lausanne rund ein Dutzend vor allem ausländische Studierende für Kleinaufträge im Rahmen der Forschung ausbezahlt werden sollten und einigen ihr Guthaben nicht auf ein Bankkonto überwiesen werden konnte – weil sie keines hatten. Seither haben sich weitere Betroffene dieses De-facto-Boykotts gemeldet. Um zu wissen, ob es sich hier um mehr als nur Einzelfälle handelt, haben wir im Rahmen einer Masterarbeit an der Universität Zürich im Herbst 2011 mit Genehmigung des Rektorats eine Online-Befragung unter allen Studierenden durchgeführt, die ihre voruniversitäre Ausbildung im Ausland absolviert hatten. Die Ergebnisse (14 Prozent Rücklauf) sind nicht repräsentativ, doch sie lassen aufhorchen: Obwohl 4 von 5 Antwortenden aus der EU stammten und viele schon vor ihrem Studium an der Universität Zürich Beziehungen zur Schweiz hatten, berichtete jeder fünfte Teilnehmer von Schwierigkeiten bei der Eröffnung eines Bankkontos. 10 Personen ist dies am Ende nicht gelungen, weitere 16 haben die Hilfe von Drittpersonen in Anspruch genommen, sei es als Bürge oder indem ihnen diese ihr Konto «zur Verfügung» stellten. Den übrigen gelang die Eröffnung eines Kontos erst nach Anfragen bei mehreren Banken.

Diese Daten sind lückenhaft und geben kein vollständiges Bild über das wahre Ausmass dieser neuen Form von «exclusion sociale» – dies nicht allein wegen der geringen Stichprobe und der tiefen Antwortrate, sondern weil in Zürich weniger Studierende als an westschweizerischen Hochschulen aus «Hochrisiko»-Ländern (in Lateinamerika, Afrika und teilweise Asien) stammen. Zudem sind Studierende in der Regel unproblematische Kunden – man kann sich leicht vorstellen, dass unter Personen mit prekärem Aufenthaltsstatus der Anteil derer höher liegt, die keinen Zugang zu Bankdienstleistungen haben. Dass die Banken gewissen

Personen aus dem Ausland nur mit grösster Zurückhaltung Konti eröffnen, liegt an der «Know your customer»-Regel, die sie zu Abklärungen über das Umfeld eines neuen Kunden zwingt. Müssen solche Nachforschungen in fremden Kontinenten durchgeführt werden, wird die Eröffnung eines Kleinkontos schlicht uninteressant.

Vor allem bei öffentlichrechtlich organisierten Instituten wie den Kantonalbanken könnte die Verweigerung der Kontoeröffnung auf eine Verletzung des Diskriminierungsverbots in Art. 8 Abs. 2 der Bundesverfassung hinauslaufen. Tatsächlich deutet einiges darauf hin, dass einzelne Banken das offenbar einsehen und immer wieder ein Auge zudrücken. Es ist jedoch müssig, gegenüber den Banken den moralischen Zeigefinger zu erheben. In der Pflicht steht vielmehr der Gesetzgeber, der mit immer mehr ausufernden Geldwäscherei-Regelungen diese diskriminierenden Praktiken überhaupt erst verursacht. Aufdrängen würde sich beispielsweise eine Bagatellregelung für Konti mit minimalem Umsatz. Man könnte die Pflicht zu aktiver Auskundschaftung des Umfeldes eines neuen Bankkunden auf Konti ab einem bestimmten Saldo – wir denken etwa an 20 000 Franken – begrenzen und bei Kleinkonti die Banken nur dann zum Eingreifen verpflichten, wenn Indizien auf kriminelle Aktivitäten des Kontoinhabers hindeuten.

Ausschluss

Leider geht die Tendenz genau in die umgekehrte Richtung. Auf internationalen Druck sollen die Banken bei der Entgegennahme von Geldern bald auch noch abklären, ob diese korrekt versteuert sind, womit der Aufwand weiter steigen wird und die Eröffnung von Konti kleiner Leute noch uninteressanter werden dürfte. Andere Länder – so etwa Dänemark – planen, den blossen Besitz von Barbeträgen über einer bestimmten Höhe zur Straftat zu erklären, und bei uns läuten bei der Post bei der Einzahlung grösserer Beträge bereits die Alarmglocken. Absehbar werden so immer mehr Menschen am Rande der Gesellschaft aus der honorablen Bankkunden-Gesellschaft ausgeschlossen – und gleichzeitig wird das Leben ohne Bankkonto immer schwieriger. Solche Tendenzen verschärfen massiv die Konsequenzen sozialer Ungleichheit. Wann merken die Politik und alle, denen die Integration von Ausländern ein Anliegen ist, dass hier eine immer breitere Schicht aus der Gesellschaft herauszufallen droht?

.....
Martin Killias ist Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der Universität Zürich, **Angela Nunes** hat die Daten erhoben.